

Wohnungslosenhilfe und Community-Organizing

Beispiele aus den USA

Rolf Mayer/Peter Szyka

1. Gemeinwesenarbeit, Community Organizing und Wohnungslosenhilfe

Es gibt seit längerem Überlegungen, Gemeinwesenarbeit und Wohnungslosenhilfe zu integrieren. Die Tatsache, daß das Klientensystem der Wohnungslosenhilfe nicht nur der einzelne Mensch sein kann, sondern auch größere Klientensysteme wie Gruppe, Familie, Arbeitsplatz, Szene, Nachbarschaft und Umgebung Gegenstand der Arbeit sind, spiegelt sich in der Formulierung des § 72 BSHG wider. Auch die Diskussion um „Lebenslagenorientierung“ im Zusammenhang mit der Erneuerung der Durchführungsverordnung legt Ansätze der Gemeinwesenarbeit nahe. Über welches methodische Repertoire verfügt aber die deutsche Gemeinwesenarbeit? Von den Revitalisierungsversuchen der bundesdeutschen Gemeinwesenarbeit in den späten Siebzigern blieb nicht viel mehr übrig als ein Prinzip, welches in die Sozialarbeit integriert werden sollte. Die Propagierung der sogenannten aggressiven oder konfliktorientierten Gemeinwesenarbeit führte direkt ins Abseits linker, sozialrevolutionärer Träumereien. Von einem brauchbaren Set an Methoden kann daher nicht die Rede sein.

Gegenwärtig gibt es eine neue Phase der Rezeption amerikanischer Ansätze, die im wesentlichen von FOCO, einem offenen Zusammenschluß bundesdeutscher GemeinwesenarbeiterInnen aus Praxis, Lehre und Forschung, betrieben wird.¹ Die neue Rezeption gilt im wesentlichen auch der Ansätze, die auf Saul Alinsky zurückgehen, dessen Organisation der Slums „Back of the Yards“ (Hinter den Schlachthöfen) von Chicago weltberühmt geworden ist. Wir würden diesen Ansatz heute nicht mehr als aggressiv oder konfliktorientiert bezeichnen, sondern als kompromißorientiert. Ob man Auseinandersetzungen aus dem Weg geht oder nicht ist in den Vereinigten Staaten keine Frage der politischen Kultur, sondern des wirtschaftlichen und moralischen Überlebens. Auseinandersetzungen und Konflikte werden als Grundmusik der Demokratie wahrgenommen, ohne die man nicht zu tragfähigen Kompromissen gelangen kann. Heute bedienen sich vor allem auch die großen Kirchen und Glaubensgemeinschaften des community organizing, um einerseits Gemeindeaufbau zu betreiben, um sich andererseits aber auch in die Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Zukunft zurückzumelden. Oft kommen eher konservativ gesinnte Sponsoren dazu², die am Funktionieren der Zivilgesellschaft interessiert sind. Aufbau und Erhalt der Zivilgesellschaft heißt, zwischen dem Staat auf der einen und der Wirtschaft auf der anderen Seite einen dritten Sektor zu schaffen, den der Leute, der Nachbarschaften, der Familien, der Kirchen, der Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Non-Profit-Organisationen. Es geht um (inter-)mediäre, vermittelnde Instanzen, die dafür sorgen, daß wirtschaftliche und politische Prozesse den Menschen zugute kommen. **Hierfür brauchen sie genügend Respekt und ein Bewußtsein ihrer Macht.**

Für die Wohnungslosenhilfe bedeutet das nicht: Lobbyarbeit. Community Organizing versucht die Organisation der

Wohnungslosen selbst, Community Organizing bedeutet: Empowerment.

Die bundesdeutsche Tradition der Gemeinwesenarbeit unterscheidet zwischen kategorialen und territorialen Ansätzen der Gemeinwesenarbeit. Eine Schwierigkeit für die Wohnungslosenhilfe besteht darin, daß sie als kategorialer oder zielgruppenorientierter Ansatz ihre Zuständigkeit zu eng faßt, um eine Machtbasis zu erreichen. Alinsky würde sagen, daß es nicht ausreicht, die Habenichtse zu organisieren, man muß zusätzlich auch die organisieren, die wenig haben. Die territoriale Zuständigkeit ist oftmals zu weit gefaßt, um organisatorisch tätig zu werden. Mit der Größe des Einzugsgebietes erhöht sich auch die Zahl der Problemen und Akteure. Alinsky würde sagen, daß man klein anfangen soll, und daß kleine Erfolge vor allem dazu dienen sollen, die organisatorische Basis zu vergrößern. Die bundesdeutsche Antwort auf solche Probleme ist die Vernetzung oder Netzwerkarbeit. Community Organizing geht über Netzwerkarbeit hinaus, indem sie Netze aktiviert und in die Lage versetzt, Macht zu entwickeln. In den Vereinigten Staaten bilden Netzwerke den Ausgangspunkt für den Beginn von Organizing-Kampagnen. Diese Kampagnen führen wiederum zu professionell geplanten Aktionen, die Aktionen wiederum zu realen Erfolgen und zu einer Steigerung der Fähigkeiten aller Beteiligten³. Die folgenden Beispiele bilden eine fortschreitende Kette von Aktionen. Es wurde versucht, alle Bewohner des Skid-Row Bezirks von Los Angeles⁴ sowie weitere Verbündete, Rechtsanwälte und Presseleute einzubeziehen. Das führte schließlich dazu, beachtliche Veränderungen zustande zu bringen. Obwohl der Leser selbst einige Parallelen und Unterschiede zur bundesdeutschen Situation feststellen wird, werden wir im Anschluß die Erfolge und Mißerfolge des Homeless Organizing Teams analysieren und einige Punkte nennen, die bei Übertragungsversuchen bedacht werden müßten. Diese Aussagen basieren auf Erfahrungen der Industrial Areas Foundation (IAF), des von Saul Alinsky gegründeten Fortbildungsinstituts für Community Organizing. Wir hoffen damit Antworten auf folgende Fragen zu ermöglichen:

- Sind CO Ansätze in der Wohnungslosenhilfe anwendbar?
- Was kann CO in der Wohnungslosenhilfe bewirken?
- Was müßte bei einer Übertragung besonders beachten werden?

2. Das Inner City Law Center⁵

Das Inner City Law Center (zu deutsch etwa: Innerstädtisches Rechtszentrum) war anfänglich ein Projekt der Los Angeles Catholic Worker Community (vergleichbar der Katholischen Arbeiterbewegung KAB). Es wurde 1980 von der Rechtsanwältin Nancy Mintie gegründet. Dabei sollte es sich nicht um ein Rechtsanwaltsbüro im herkömmlichen Sinne handeln, denn dafür waren die Bedürfnisse der Bewohner zu existentiell. Eine gute Zusammenarbeit mit dem vorhandenen Dienstleistungsnetz wurde aufgebaut, um erfolgreiche Krisenintervention leisten und den Bedürfnissen der Betroffenen nachkommen zu können.

Das Team des Inner City Law Centers arbeitete »community oriented«, d.h. bewußt parteilich auf der Seite der Bewohner von Skid Row. Dies war möglich, da es sich hierbei um eine gemeinnützige Einrichtung (»nonprofit corporation«) handelt, die fast ausschließlich privat über Spendengelder und Wohltätigkeitsveranstaltungen, Stiftungsgelder sowie durch Rückerstattungsgelder von Anwalts- und Verfahrenskosten bei erfolgreichen Gerichtsprozessen finanziert wurde.

Das Team arbeitete primär existenzsichernd in den Büroräumen und auf der Straße (mobile Krisenintervention). Dies beinhaltete direkte Hilfs- und Betreuungsdienste, die Vermittlung in das vorhandene Dienstleistungsnetz unter Einbeziehung aller Ressourcen sowie auch »Mediation« (Konfliktvermittlung) beispielsweise zwischen den Klienten und den Behörden oder den Vermietern (»Slumlords«).

Durch die Einzelfallhilfe (»case work«) konnte der Andrang der Hilfesuchenden nicht aufgefangen werden. Deshalb wurden zu bestimmten Themen wie Mietrecht, Sozialhilfe oder Polizeibrutalität »workshops« angeboten. In den Workshops wurden die Probleme und Bedürfnisse gemeinsam identifiziert, Strategien, (Gegen-)Maßnahmen und Alternativen entwickelt, Ausschüsse und Projektgruppen gebildet.

Aus diesen Workshops sind organisierte Interessengruppen entstanden. Neben dem »Poor People's Committee« (Arme Leute Komitee) dem späteren »Homeless Organizing Team« (Organisierungsteam für Wohnungslose) und den »Welfare Watchdogs« (Wohlfahrtswachhunde), die direkt in den Workshops des Inner City Law Centers entstanden sind, gibt es heute die Gruppierungen »Justiceville« (Stadt der Gerechtigkeit), den »Los Angeles Council of Unemployed and Homeless« (Zusammenschluß der Arbeitslosen und der Wohnungslosen) sowie die überregionale Obdachlosengewerkschaft – die »Union of the Homeless«, die oft eigenständig in Aktion tritt.

3. Das Homeless Organizing Team (HOT)

In dieser Basisorganisation haben sich obdachlose Bewohner von Skid Row und Mitarbeiter des Inner City Law Centers zusammengefunden, um gemeinsam Strategien zu entwickeln und dem Problem der Obdachlosigkeit entgegenzuwirken.

HOT strebte, unter informeller Führerschaft, die Koalition mit anderen Organisationen und Einrichtungen an und arbeitete in direkter Allianz mit den Rechtsbüros des Inner City Law Centers und den Legal Aid Foundations (Rechtshilfe-Stiftung), die neben den Räumlichkeiten z. T. auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellten. Das Homeless Organizing Team wollte von Anfang an repräsentativ als Basisorganisation für *alle* Bürger von Skid Row arbeiten, also auch für diejenigen, die keinerlei staatliche Unterstützung erhielten. Diese Personen sollten intensiv beraten und direkt im Sozialamt betreut werden mit dem Ziel, sie in das Sozialhilfenetz einzubinden. Eine erste Stadtteilzeitung (Street Sheet), die wichtige Informationen für die Bewohner enthielt, wurde erarbeitet und überall in Skid Row verteilt. Die Menschen wurden auf der Straße, in den Warteschlangen der Suppenküchen und Missionen informiert und beraten. Die Vor-Ort-Beratung (»on-the-spot-assistance«) der ersten zwei Wochen ergab folgendes Bild:

- In mehr als der Hälfte aller Fälle stellte sich heraus, daß sie anspruchsberechtigt waren, aber keine Sozialhilfe (General Relief) bekamen.

- Ein weiteres Drittel war bereits Sozialhilfeempfänger. Ihr Problem bestand darin, daß sie zuwenig erhielten, spezielle Hilfen (Lebensmittel-/Mietgutscheine) nicht erhielten oder Gutscheine verlegt oder verloren hatten.
- Weitere 10 % waren von der Wohlfahrtsliste gestrichen worden oder befanden sich in der 60-Tage-Sperre, in den meisten Fällen zu Unrecht und ohne faire Anhörung.

(Homeless Outreach Project, Februar 1984)

4. Die Welfare Watchdogs

Die vorgefundenen gravierenden Mißstände in der Sozialhilfegesetzgebung und Rechtsprechung, die Verordnungen und Richtlinien in Los Angeles sowie deren Handhabung durch die Sozialämter veranlaßten das Homeless Organizing Team dazu, eine erste Projektgruppe – das »Welfare Watchdog Committee« – zu bilden, die sich speziell mit diesem Problemfeld intensiv beschäftigen und (Gegen-)Maßnahmen entwickeln sollte.

Die Welfare Watchdogs waren ausnahmslos Sozialhilfeempfänger oder Betroffene, die eine Sperrzeit von 60 Tagen erhalten haben. Sie erarbeiteten sich zunächst ein Strategiehandbuch für General Relief (eine Form der Sozialhilfe). Darin wurden die wichtigsten Probleme aufgelistet, Fragen zu den Anspruchskriterien, den Sozialleistungen (Geld- und Sachleistungen), den Notfallhilfen, den Verpflichtungen, dem Widerspruchsrecht etc. anhand der Richtlinien bearbeitet. Auf einem Beiblatt – dem strategischen Leitfaden – befanden sich praktische Hinweise, wie beispielsweise in der jeweiligen administrativen Hierarchie Rechte eingeklagt werden konnten. Insbesondere die Namen und Telefonnummern der Sachbearbeiter, ihrer Vorgesetzten (»Supervisors«) und des Direktors erwiesen sich als ausgesprochen nützlich. Die Zielsetzung der Welfare Watchdogs war:

- die Rechte der Betroffenen vor Ort (im Sozialamt) einzuklagen, sie zu informieren und ihnen Hilfestellung, beispielsweise beim Ausfüllen der Formulare, zu geben;
- das Sozialamt zu kontrollieren, ob die Rechte der Betroffenen gewahrt wurden. Seit dem Rechtsverfahren EISENHEIM bestand für den Antragsteller keine Pflicht mehr einen Identitätsnachweis vorzuweisen; im Falle einer 60-Tage-Sperre bestand das Recht auf eine faire Anhörung.
- Personen aufzusuchen, die ohne jegliche Unterstützung in den Parks, Kinos, Missionen »über«leben, um sie über ihre Rechte zu informieren, um sie in das Sozialhilfenetz zu integrieren, und
- sie nach dem Motto »see one, do one, teach one« zur Mitarbeit im Homeless Organizing Team zu motivieren.

Schon bald erwies sich die Kontrolle über die Sozialämter durch die Welfare Watchdogs als außerordentlich hilfreich für die Rechtsbüros. Täglich wurden von den Welfare Watchdogs Rechtsverletzungen der Sozialämter registriert und an die Rechtsbüros weitergeleitet. Durch die Arbeit der Welfare Watchdogs konnten sowohl das Inner City Law Center als auch die Legal Aid Foundations (LAFLAs) effektiver arbeiten. Die Welfare Watchdogs wurden von LAFLA für ihre Arbeit ausgebildet und bezahlt.

Nach wenigen Wochen hatten die General Relief Workshops der Welfare Watchdogs einen derartigen Zulauf, daß themenspezifisch und in Gruppen vorgegangen werden konnte. Die erste politische Aktion fand statt, als mehrere hundert Personen beim Wechsel von der Sozialhilfe (General Relief) in das Arbeitshilfeprogramm (Job Training Partnership Act JTPA) wechselten und aus dem Computer – und damit aus

der Anspruchsberechtigung – „herausfielen“. Die Welfare Watchdogs und zahlreiche Betroffene versammelten sich und forderten als Gruppe die sofortige Lösung ihres Problems. Da ihre Namen im Computer nicht aufzufinden waren, war das Department nicht bereit, ihren Forderungen nachzukommen. Ein »Welfare Watchdog« informierte daraufhin die Legal Aid Foundation und die Presse, die sich kurz vor 17.00 Uhr ebenfalls einfand. Achtzehn Personen weigerten sich, das Gebäude zu verlassen bevor ihr „Fall“ geklärt sein würde. Etwa vier Stunden dauerte diese erste »Sit-In« Aktion, bis das Department schließlich nachgab.

5. Mietstreik im La Jolla-Hotel

Ein weiteres, sehr verbreitetes Problem, mit dem sich das Homeless Organizing Team beschäftigte, war die Situation in den Skid Row Hotels. Auch dazu gab es einmal wöchentlich einen Workshop. Neben den überhöhten und kaum bezahlbaren Mieten sowie den katastrophalen baulichen Zuständen in diesen Hotels ist die Rechtsprechung bezüglich des Kündigungsschutzes das Hauptproblem. Hierzu trägt die Praxis vieler „Slumlords“ bei, ihre „Gäste“ nach 28 Tagen innerhalb des Hotels umzusiedeln.

In einem der Workshops zum Mietrecht stellte sich heraus, daß mehrere Personen im La Jolla Hotel wohnten und sich ausgesprochen selbstbewußt und wortstark am Workshop beteiligten. Das La Jolla Hotel war nicht schlimmer und nicht besser als die anderen Hotels. Das Besondere waren die Bewohner, die sogar eine(n) Sprecher(in) hatten – Patricia, ein Transsexueller. Fast alle Bewohner des La Jolla Hotels wohnten seit geraumer Zeit hier. Wie Patricia mehrfach betonte, lebten sie nicht von „Almosen der Sozialhilfe“, sie „arbeiteten für ihr Geld“ im Prostitutionsgewerbe. Es wurde beschlossen, einen Sonderworkshop zu bilden, an dem möglichst viele Bewohner des La Jolla Hotels teilnehmen sollten. Nach drei bis vier Treffen stand der Plan fest. Gemeinsam wurde eine Resolution verfaßt, die dem Management und dem Vermieter eine Frist setzte, das Gebäude der Menschenwürde und den gesetzlichen Bestimmungen (»health, fire & safety codes«) entsprechend zu renovieren. Die Mieter drohten, bei Nichterfüllung der Bedingungen, die Miete einzubehalten. Zunächst reagierte der Vermieter nicht. Als dann die Mieten tatsächlich ausblieben, drohte er mit gerichtlichen Maßnahmen. Die Lage spitzte sich von Woche zu Woche zu. Die Mieter wurden von Rechtsanwälten und auch gerichtlich angemahnt. Alle Briefe wurden sorgfältig abgeheftet und beantwortet, Photos von den Zimmern, Toiletten und Gängen gemacht, Ratten und Mäuse gefangen. Das Inner City Law Center eröffnete ein Sonderkonto, auf das jeder seine monatliche Miete einbezahlte, um im Falle eines Verfahrens nicht den Vorwurf zu bekommen, man habe nur deshalb nicht bezahlt, weil man nicht bezahlen konnte oder wollte. Nach fast sechs Monaten kam es zu einem Gerichtstermin. Die Aktion war gut vorbereitet. Die Mietgelder waren bis auf den letzten Cent vorhanden, Photos und Briefwechsel sorgfältig dokumentiert. Das Gericht erklärte die Forderungen der La Jolla-Bewohner für legitim und rechtens. Dem Vermieter blieb nichts anderes übrig, als das Hotel – zumindest notdürftig – herzurichten. Den Mietausfall von inzwischen acht Monaten konnte er nicht einklagen. Aufgrund der solidarischen Aktion des Mietstreiks erzielten die Mieter eine Verbesserung ihrer Wohnqualität, einige nutzten die „Ersparnisse“, um Skid Row zu verlassen.

Der Erfolg des Mietstreiks ließ sich allerdings in anderen Hotels nicht wiederholen.

6. Mobilmachung gegen „Voucher“-Programm

Will man die Wohnbedingungen in den Skid Row Hotels verbessern, so muß man die Mieter dazu bewegen, ihre Rechte gegenüber dem Vermieter einzuklagen. Das gilt auch, wenn der „Mieter“ das Sozialamt ist und die Unterkünfte über Mietgutscheine, sog. „Vouchers“, anmietet.

Wenn es gelingt, das Sozialamt dazu zu bewegen, die „Voucher“-Verträge mit den Slumlords zu kündigen, so könnte der Verlust der Mieteinnahmen die Slumlords dazu veranlassen, ihre Hotels den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend herzurichten. Natürlich konnte das klug durchdachte Voucher-System als solches nicht angegriffen werden. Das Voucher-System wird auch zur Vertreibung der Antragsteller eingesetzt, indem beispielsweise Hotel-Vouchers ausgegeben werden, obwohl man weiß, daß der zugewiesene Wohnraum bereits vergeben ist. Man kann auch nicht gegen alle Voucher Hotels gleichzeitig vorgehen, das wäre absolut unrealistisch. Aber vielleicht gelingt es, das eine oder andere Hotel aus der Liste der Voucher Hotels der Sozialämter zu streichen.

Das Norbo, Ellis, Leonide und Harold Hotel waren in besonders schlechtem Zustand und gehörten den bekanntesten und skrupellosesten Slumlords. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1984 bezahlte das Sozialamt an die Slumlords der vier Hotels über US \$ 350 000.

HOT bat um die Unterstützung der Legal Aid Foundation. Sie sollte die Rechtslage prüfen und gegebenenfalls ein Gerichtsverfahren einleiten. HOT würde die Mieter mobilisieren, potentielle Kläger lokalisieren, Beweismaterialien über die Zustände in den Hotels liefern.

An das Department of Public Social Services (DPSS) wurde eine Resolution geschickt mit der Forderung, diese Hotels aus der Voucherliste zu streichen, solange sie den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen. Der Ausschuß wurde aufgefordert, in der nächsten öffentlichen Sitzung dazu Stellung zu nehmen.

Weder das Sozialamt noch der verantwortliche Ausschuß zeigten eine Reaktion. In einer jeden Dienstag stattfindenden öffentlichen Sitzung forderte HOT erneut eine Stellungnahme. Nichts geschah. In der nächsten Sitzung wiederholte HOT seine Forderung. Als wiederum keine Reaktion erfolgte, wurden Transparente ausgerollt. Daraufhin wurde der Saal geräumt. Die Aktion schien zu scheitern. HOT benötigte eine neue Strategie und erkundigte sich über die Tagesordnungspunkte der kommenden Sitzungen. Gesucht wurde ein Tagesordnungspunkt, an dem die Presse interessiert sein würde, da für die geplante Aktion die Anwesenheit der Fernsehkameras erforderlich war. In den folgenden Wochen wurden Kakerlaken gesammelt und in kleine Schachteln verpackt. Am Aktionstag betrat HOT, bestückt mit kleinen Schachteln, den Sitzungssaal. Die Medien waren anwesend. HOT forderte erneut eine Stellungnahme zur Problematik der Voucher-Hotels. Es wurde unruhig im Saal. Die Verantwortlichen waren nicht bereit der Forderung von HOT nachzukommen und drohten erneut mit der Saalräumung. HOT forderte noch eindringlicher, kam aber nicht durch. Nun war der richtige Zeitpunkt gekommen, die Schachteln zu öffnen und die Kakerlaken zu befreien. Das Chaos war perfekt; die Sitzung wurde geschlossen und der Sitzungssaal mußte desinfiziert werden; es dauerte drei Tage, bis er wieder

benutzt werden konnte. Das Medienspektakel in den Abendnachrichten und das Gelächter in Skid Row waren groß. Zwischenzeitlich fanden sich 27 Kläger, und Legal Aid leitete das Verfahren gegen das Sozialamt ein. Die Berichte in den Zeitungen der folgenden Tage brachten die Problematik an die Öffentlichkeit und verstärkten den öffentlichen Druck. Noch während des Verfahrens gab die Sozialverwaltung nach und nahm die vier Hotels von der Voucherliste. Einen Monat später wurden zusätzlich alle Hotels, die nicht beheizt wurden, aus der Voucherliste gestrichen.

7. Tent City

In demselben Zeitraum bereitete das Homeless Organizing Team eine andere – die bisher größte – Aktion vor. Eine Zeltstadt (»Tent City«) sollte direkt vor der City Hall errichtet werden. Mit dieser Aktion wurde beabsichtigt, auf das Problem der Obdachlosigkeit in der „Obdachlosenhauptstadt Los Angeles“ hinzuweisen und konkrete Forderungen zu stellen. Mehrfach hatte HOT die Verwaltungsleiter auf die unzulänglichen Sozialhilfeleistungen und den seit 1981 eingefrorenen Sozialhilfesatz hingewiesen.

HOT forderte:

- den General Relief-Satz den realen Lebenshaltungskosten anzupassen,
- die 60-Tage-Sperre zu eliminieren und
- Arbeitsplätze anstelle von „gemeinnütziger Arbeit“ (»workfare«) zu schaffen oder »workfare« Plätze zu richtigen Arbeitsplätzen zu machen.

Faktisch arbeiteten General Relief-Empfänger bei der Feuerwehr, im Sozialamt, in den Krankenhäusern, in den Krematorien etc., verdienten aber wesentlich weniger als ihre von der Stadt angestellten Kollegen. In der dritten Forderung wurde im wesentlichen darauf aufmerksam gemacht, daß die Teilnehmer der »workfare« Programme als Angestellte der Stadt zu betrachten und entsprechend zu bezahlen seien. Es wurde darauf hingewiesen, daß General Relief kein »Hand-Out« (Almosen), sondern eine ungerechte Bezahlung für die Arbeit eines „Angestellten“ der Stadt ist. Die Stadt ignorierte diese Forderungen. Die Verwaltungsleiter verweigerten HOT die Erlaubnis für eine Zeltstadt mit der Begründung, daß es zu gefährlich für Frauen und Kinder sei und sie nicht für die Sicherheit der Beteiligten garantieren könnten. Mit diesem Argument machte sich die Verwaltung verwundbar. HOT erhob Klage, wandte sich in einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit und argumentierte folgendermaßen: Tatsache ist, daß die Verwaltung die Verantwortung für die Sicherheit ihrer Bürger hat und somit Veranstaltungen untersagen kann, wenn die Sicherheit der Bürger nicht garantiert werden kann. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Sicherheit der Bürger, vor allem die der Frauen und Kinder, in einer Zeltstadt nicht eher garantiert werden kann, als wenn diese Menschen sich irgendwo in den schmutzigen Gassen von Skid Row selbst überlassen bleiben. Die Leserbriefe in den Zeitungen sowie die gerichtliche Anordnung gaben HOT recht. Die Erlaubnis mußte erteilt werden.

Gezielt wurde für diese Aktion die Weihnachtszeit gewählt. HOT konnte um diese Jahreszeit seitens der Bevölkerung mit einer größeren Unterstützung rechnen, die sowohl finanziell als auch bezüglich der Forderungen notwendig war. Ein weiterer Grund lag darin, daß die Not der Obdachlosen in den Wintermonaten am größten ist. Ferner wußte HOT, daß die Medien in der Weihnachtszeit an jeder „sentimentalen“ Geschichte interessiert sein würden.

Schon am ersten Tag waren beide Großzelte überfüllt. 350 Menschen nutzten die Gelegenheit, hier zu übernachten. Täglich wurde in den Medien darüber berichtet. Ständig kamen Menschen, um Kleider, Decken, Nahrungsmittel, etc. zu spenden und weitere Unterstützung anzubieten. HOT nutzte jede Gelegenheit, die Bürger über die Situation der Obdachlosen zu informieren, auf Mißstände und Probleme hinzuweisen. Jeder wurde aufgefordert, die Forderungen des Homeless Organizing Teams zu unterstützen. Täglich fanden Protestmärsche zum Gebäude der Verwaltung statt, die aufgefordert wurde, in der nächsten Sitzung Stellung zu beziehen. Von Mal zu Mal wurden die Kundgebungen größer. Unter der Bedingung, daß die Protestmärsche und der „Regentanz der Medien“ eingestellt würden, verlängerte die Verwaltung die Erlaubnis für die Tent City um eine Woche, um in der nächsten Sitzung die Forderungen von HOT zu bedenken. HOT akzeptierte. Die Sitzung dauerte über zwei Stunden. Da ein Verwaltungsratsmitglied abwesend war, war das Ergebnis eine Patt-Situation, d. h. den Forderungen von HOT wurde nicht entsprochen, das Thema wurde vertagt.

Daraufhin weigerten sich einige HOT-Aktivistinnen, den Saal zu verlassen. Als es am späten Nachmittag zu Verhaftungen kam, waren sämtliche Medien anwesend. Die Polizei beging den Fehler, die Medien aufzufordern, den Saal zu verlassen. Glastüren wurden abgedeckt, um die Medien daran zu hindern, die Vorgänge im Gebäude zu filmen. Die Berichtersteller waren darüber verärgert und gaben HOT volle Unterstützung. Die Medien, die American Civil Liberties Union, das Inner City Law Center und die Legal Aid Foundation klagten gegen den Einsatz der Polizei.

Im weiteren Verlauf wurde bekannt, daß die Legal Aid Foundation und die American Civil Liberties Union die Forderungen von HOT unterstützten. Es mußte damit gerechnet werden, daß beide Rechtsanwaltsverbände bezüglich der 60-Tage-Sperre Regelung und des unzulänglichen General-Relief-Satzes ein Verfahren einleiten würden. Die Medien waren wiederum auf der Seite des Homeless Organizing Teams. Weitere Aktionen wurden angekündigt, der öffentliche Druck ließ nicht nach.

Die Stadt war unmittelbar vor der Bürgermeisterwahl und reagierte, indem sie binnen drei Wochen (!) eine Notunterkunft für 138 Männer und Frauen baute. Der Verwaltungsrat machte in den nächsten Sitzungen folgende Zugeständnisse:

- Ein »Supplemental Security Income Homeless Outreach Program« sollte geschaffen werden, um psychisch und physisch Kranken, die z. T. General Relief erhielten, Hilfestellung bei der Antragstellung für und Überleitung in das SSI-Programm zu geben. Des weiteren sollten beim Sozialamt in Skid Row zwei Psychologen zur Betreuung dieses Personenkreises eingestellt werden.
- Leerstehende Schulen sollten, sofern die Bausubstanz es zuließ, als Notunterkünfte genutzt werden.
- Der Kongreß der Vereinigten Staaten sollte aufgefordert werden, Los Angeles in seiner besonderen Obdachlosenproblematik Hilfe zu leisten.
- Los Angeles sollte zum nationalen Notstandsgebiet (»national disaster area«) erklärt werden, um aus einem Sonderfonds Gelder zu erhalten.
- Ferner sollte in Los Angeles ein Pilotprojekt für Obdachlose (»national demonstration project for the Homeless in L.A.«) entstehen, das über Blockzuweisungen finanziert werden sollte.

- Das Department of Public Social Services wurde angewiesen, die 60-Tage-Sperrfrist Regelung zu prüfen, gegebenenfalls Kriterien zu streichen und Alternativen vorzuschlagen. Anzumerken ist, daß die meisten Punkte nicht von der Stadt finanziert werden sollten. HOT konnte seine Forderungen nicht in vollem Umfang durchsetzen, erzielte aber Teilerfolge. Von der 60-Tage-Sperre wurde nach der Tent City Aktion deutlich weniger Gebrauch gemacht.

8. Justiceville

Die Verhaftungen mehrerer HOT-Aktivistinnen im Zusammenhang mit der Tent City Aktion war etwas Neues. Erstmals wurde in der Öffentlichkeit bekannt, daß Obdachlose aus politischen Beweggründen heraus bereit waren, bis zu sechs Monate Gefängnis zu riskieren. Die Medien berichteten ausführlich über das „neue Bewußtsein der Obdachlosen“. Während die HOT-Aktivistinnen noch im Gefängnis waren, liefen die Telefondrähte heiß. Unzählige Spenden gingen ein. Nach drei Tagen konnten die Aktivistinnen gegen Kaution freigelassen werden. Die Verhandlung fand drei Wochen später statt. In der Zwischenzeit war es notwendig, daß alle „Sit-In“-Teilnehmer zusammenblieben und jederzeit erreichbar waren. Sie alle waren obdachlos. HOT hatte aufgrund der Tent City Aktion über US \$ 40 000 Schulden. Die Catholic Worker Community (Katholische Arbeitnehmer) wurde gefragt, ob der Platz hinter dem Trailer des Inner City Law Centers benutzt werden dürfte, um dort ein Camp für die Zeit bis zur Verhandlung zu errichten. Sie willigten ein, Justiceville wurde gegründet.

In den nächsten Wochen erfuhr Justiceville eine bis dahin nicht gekannte Solidarität der amerikanischen Mittel- und Oberschicht. Kleider, Nahrungsmittel, Brennholz, Geld etc. wurden gespendet. Die Bewohner von Justiceville lernten sich mehr und mehr kennen, Beziehungen wurden aufgebaut, man traute den Mitbewohnern, kochte gemeinsam, koordinierte alltägliche Geschäfte und plante neue Aktionen. Bald waren sich alle einig, daß Justiceville fortbestehen sollte. Hier waren die Lebensbedingungen besser als in den Slum Hotels, der Kampf, die Miete aufzubringen, fiel weg.

Das einzige Problem war, daß es keine Toiletten gab. Ted Hayes ergriff die Initiative und nahm Kontakt zu verschiedenen Toiletten-Gesellschaften auf. Da Justiceville nicht über die finanziellen Mittel verfügte, wöchentlich US \$ 300 für eine transportable Toilette zu bezahlen, schien dieses Problem zunächst unlösbar.

In einer Pressekonferenz wies Ted auf diesen Mißstand hin, ließ aber gleichzeitig den Namen einer Gesellschaft verlauten, die angeblich bereit war, eine Toilette kostenlos zur Verfügung zu stellen. Anschließend nahm Ted den Kontakt zu verschiedenen Toiletten-Gesellschaften auf. Geschickt nutzte er „diese Werbung“ und das Konkurrenzverhalten der Gesellschaften. Das Ergebnis war, daß vier Toiletten von vier verschiedenen Toiletten-Gesellschaften kostenlos bereitgestellt wurden. Dies war zwar ein „unsauberer Trick“, führte aber zum gewünschten Ergebnis. Auf ähnliche Weise organisierte sich Justiceville ein Telefon und eine Schreibmaschine. Die Telefongesellschaft hatte allerdings große Mühe, einen Anschluß zu finden und mußte Kabel verlegen, da Justiceville, entgegen ihren Erwartungen, nicht über ein Gebäude verfügte, sondern lediglich über selbstgebaute Hütten auf einem leerstehenden Platz.

Justiceville hatte fast 80 Bewohner; viele Frauen und Familien nutzten diesen Schutzraum. Mehr und mehr wurde

Justiceville zum Politikum und Ärgernis der Stadt, die in die Offensive ging und die Zustände in Justiceville anprangerte. Bald wurde die Auflösung von Justiceville angeordnet, da den gesetzlichen Bestimmungen in dieser »shantytown« nicht entsprochen werden konnte.

Die Bewohner von Justiceville erhielten Mietgutscheine, die sie allerdings an andere Obdachlose weitergaben. Justiceville wollte sich nicht „bestechen lassen“ und stellte sich auf eine Konfrontation mit der Stadt ein. Die Lage wurde bedrohlich. Am 10. Mai 1985 war es soweit, Justiceville wurde nach fünfmonatigem Bestehen geräumt. Viele Bewohner weigerten sich, die Siedlung zu verlassen. Erneut kam es zu Verhaftungen. Während die Bewohner von Justiceville ins Gefängnis gebracht wurden, wurde die Siedlung mit allen sich darin befindlichen privaten Gegenständen von Bulldozern niedergewalzt. Das Ende von Justiceville I war gekommen. Drei Wochen später formierte sich Justiceville II an einem anderen Ort.

9. Zusammenfassung und Kommentar

Wie ging die Sache weiter? Harry Rodgers, ein Wohnungsloser und Gründungsmitglied des Homeless Organizing Teams war das eigentliche Herz der Organisation und die Schlüsselperson bei den Aktionen. Er wurde im Jahr der Aktionen in einer Suppenküche der Katholischen Arbeitnehmer erschossen. Zwei andere Aktivistinnen verließen die Stadt. Justiceville formierte sich noch zweimal in Los Angeles und einmal in Riverside, aber mit zunehmend mäßigerem Erfolg. Ein Teil der Verbliebenen schloß sich einem umstrittenen, selbsternannten Führer an, der zunehmend „abdrehte“. Justiceville II nahm immer mehr „sektenartige Züge“ an und wer konnte, verließ diese Szene. Während Justiceville auf diese Weise scheiterte, versiegten auch die finanziellen Ressourcen des Inner City Law Centers. Kontakte zu den ehemaligen Aktivistinnen bestehen nicht mehr.

Ein erster Punkt, der bei der Analyse hervorgehoben werden muß, ist die Finanzierung. Das Inner City Law Center war im Gegensatz zu deutschen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe nahezu ausschließlich aus privaten Mitteln finanziert. Community Organizing unterscheidet sich in diesem Punkt wesentlich von den meisten Bereichen deutscher Sozialarbeit. Community Organizing ist kein staatliches oder kommunales Programm, sondern ein Programm, welches aus kirchlichen Mitteln, privaten Spenden, Beiträgen etc. finanziert wird. Alinsky würde in den meisten Fällen staatliche Gelder ablehnen, weil dadurch die sozialpolitische Unabhängigkeit der Projekte gefährdet wird. Aus diesem Grunde nimmt bei funktionierenden Organisationen Fundraising (Spendenwerbung) einen wesentlichen Schwerpunkt im Hintergrund der Aktionen ein. Hieran müßte sich die Wohnungslosenhilfe in Deutschland erst noch gewöhnen.

Der zweite Punkt im Sinne des Alinsky-Style-Organizing betrifft die Struktur der Organisation bzw. die gemeinsame Leitung. Funktionierende, auf Dauer ausgerichtete Organisationen verwenden einen großen Teil ihrer Bemühungen auf die Ausbildung ihrer aktiven Mitglieder. Die Welfare Watchdogs erhielten für ihre Arbeit kontinuierliche Ausbildung und Begleitung durch die Legal Aid Foundation. Dies trug wesentlich zum Erfolg der Aktionen bei und half auch dem Inner City Law Center, welches sich teilweise aus der Rückerstattung von Anwaltskosten bei erfolgreichen Verfahren finanzierte. Bei anderen Aktionen lernten die Beteiligten ihre Fähigkeiten innerhalb der Vorbereitung und Auswertung

der Aktionen kennen. Viele der Bewohner des La Jolla Hotels nutzten jedoch die Ersparnisse aus dem Mietstreik, um die Szene zu verlassen. Dies war sicher ein Erfolg für die Bewohner, aber die Organisation schaffte es nicht, die aktiven Mitglieder zu ersetzen. Mit dem Tod von Harry Rodgers war keine Integrationsfigur mehr vorhanden. Ein Gruppe, die ihn hätte ersetzen können, war nicht vorhanden. Die Industrial Areas Foundation kennt diese schwierige Situation, und versucht durch rechtzeitige und ausreichende Mobilisierung, Schulung und Selbstverpflichtung für Nachhaltigkeit und Kontinuität zu sorgen. Hier müßten auch deutsche Projekte ansetzen.

Der dritte Punkt ist der Zeithorizont. Es wurde immer von einer Aktion zur nächsten Aktion geplant. Justiceville entstand aus einer Reaktion auf ein vorangegangenes Sit-In und nicht aus gemeinsamer langfristiger Planung. Ed Chambers von der Industrial Areas Foundation wird nicht müde darauf hinzuweisen⁶, daß es bei kurzfristigen Erfolgen mindestens ebenso um das Lernen und das Wachsen der Organisation geht, wie um die reale Verbesserung. Erfolge sind keine Endziele, sondern Schritte im fortschreitenden Aufbau einer kontinuierlichen Gegenmacht. Der Aufbau erfolgreicher Organisationen dauert einige Jahre. Es scheint, als hätten sich die Beteiligten bei ihren Aktionen innerhalb weniger Monate völlig verausgabt. Das System hat die Organisation „verarbeitet“, noch bevor sie richtig angefangen hat.

Der vierte Punkt sind die Strategien. Die Gruppe hat sich unter anderem immer wieder auf Saul Alinsky bezogen⁷. Einige seiner Regeln werden durch die Aktionen sehr gut illustriert. Eine lautet: *Sorge dafür, daß sich deine Gegner an ihre eigenen Regeln halten!* Dafür sorgten die Welfare Watchdogs. Eine andere: *Laß deine Gegner neue Erfahrungen machen, wann immer es möglich ist!* Das Mitbringen von Kakerlaken oder Ratten zu entscheidenden Verhandlungen war ein ebenso beliebtes wie erfolgreiches Mittel dieser Jahre. Es galt die Regel: *Eine gute Taktik macht deinen Leuten Spaß!* Dabei kam es zunehmend weniger auf die Aktion an, als auf die Reaktion. Es spricht sich schnell herum, daß organisierte Gruppen es mit ihren Anliegen ernst meinen. Später reichte es oft schon, einen leeren Karton mitzubringen und den Deckel ein wenig hochzuheben. Denn: *Macht ist nichts, was Du hast, sondern das, von dem dein Gegner denkt, daß du es hast!*

Immer geht es beim Organizing um die Zurückweisung privatwirtschaftlicher Interessen, die bestimmten Gruppen, hier den Wohnungslosen, das Leben schwer machen. Oder es geht um Rechtsverwirklichung, die Durchsetzung bestehender Rechte oder die Geltendmachung neuer Rechte gegenüber Politik und Verwaltung. Wohnungslose haben, wie kaum eine andere Zielgruppe, unter dem Druck der wirt-

schaftlichen Entwicklung und unter dem Abbau des Sozialstaates zu leiden. Community Organizing ist *eine* Antwort auf diesen Druck. Die Frage ist, ob sich die Wohnungslosenhilfe aus ihrer Abhängigkeit von staatlichen und kommunalen Programmen befreien kann, genügend Unabhängigkeit und Souveränität erlangt, um sich schließlich an derartigen Gegenbewegungen beteiligen zu können. Die Frage ist, ob die Träger der Wohnungslosenhilfe ihren Platz *zwischen* Wirtschaft und Staat finden, ob sie einen Platz als mediäre Organisationen in der Zivilgesellschaft einnehmen wollen oder ob sie sich als quasi-staatliche oder quasi-wirtschaftliche Akteure sehen wollen. Ich hoffe hier auf die Tragfähigkeit der grundlegenden Werte des organisatorischen Hinterlandes der Wohnungslosenhilfe, nämlich der Kirchen. Diese können sich weder als Staats- noch als Wirtschaftsagenturen definieren, ohne die Interessen ihrer Mitglieder zu verraten. Obwohl eine Positionierung der Wohlfahrtspflege innerhalb der Zivilgesellschaft dringend erforderlich ist, wird es bei der Einführung von Community Organizing viele Fragen und Widerstände geben. Aber für jeden, der Community-Organizing-Methoden in Frage stellen möchte, gilt natürlich auch die folgende Regel von Alinsky: *Der Preis für erfolgreiche Kritik ist die Entwicklung einer konstruktiven Alternative!* Welche Alternative aber gibt es zur Demokratie, zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und zur Reorganisation der Basis?

¹ FOCO c/o Birgitta Kammann, Adalbertsteinweg 104, 52070 Aachen

² zum Beispiel ein Warenhauskonzern

³ Näheres über die Arbeitsweise von Community Organizing in: FOCO (Hg.), *Forward to the roots*, Stiftung Mitarbeit e.V., Bonn 1996 (in deutscher Sprache)

⁴ Mit Skid-Row (zu deutsch Rutschbahn) bezeichnet man Bezirke in amerikanischen Städten, in denen sich Randgruppen sammeln. Gegenüber Ghettos (wo sich ethnische Minderheiten sammeln) und Slums (wo eine Armutsbevölkerung aus verschiedenen Gruppen unter schwierigen bis unzumutbaren Verhältnissen wohnt) stehen Skid-Row Bezirke auf der untersten Stufe der Leiter.

⁵ Die Aktionen fanden in den Jahren 1984–1985 in Los Angeles statt und sind 1989 von Rolf Mayer, Ravensburg, im Rahmen seiner Diplomarbeit dokumentiert worden. Ende 1997 sind diese Erfahrungen am Rande einer Arbeitstagung der Ev. Akademie Loccum und der Stiftung Mitarbeit e.V. zum Thema „Neue Formen der Bürgerbeteiligung“ in die Diskussion um die Möglichkeit der Übertragbarkeit von CO-Methoden nach Deutschland, die wie gesagt von FOCO geführt wird (siehe Anm. 1), eingeflossen.

⁶ Ed Chambers, *Organizing for Family and Congregation*, Chicago 1978 deutsch: *Organisieren für Familie und Gemeinde*, ZBS Oldenburg 1998

⁷ Saul Alinsky, *Rules for Radicals*, 1972, 127 f.